

Verpflichtung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

- Friedhofsverwaltung



Information zur Datenerhebung

(Datenschutzinformation)

| | |
|---|--|
| Stadtverwaltung | Große Kreisstadt Mosbach |
| Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO (m,w,d) | Oberbürgermeister: Julian Stipp |
| Behördlicher Datenschutzbeauftragter (m,w,d) | E-Mail: datenschutz@mosbach.de |
| Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage | Die personenbezogenen Daten werden zur Erfüllung der Aufgaben der Friedhofsverwaltung (z.B. Verwaltung der Grabstellen) erhoben und verarbeitet. Rechtsgrundlagen: <ul style="list-style-type: none"> - Bestattungsgesetz - Friedhofsgebührensatzung - Bundesdatenschutzgesetz - Landesdatenschutzgesetz Baden-Württemberg - Art. 6 Abs. 1 lit. c.) und e.) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) |
| geplante Speicherdauer | Die personenbezogenen Daten werden ab sofort gespeichert und dies erfolgt solange, wie diese für die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung notwendig sind. Ansonsten halten wir uns an die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen. |
| Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden) | Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben. Daten werden verwaltungsintern anderen Ämtern als Erfüllungsgehilfe für die eigene Aufgabenerfüllung weitergegeben z.B. an die Stadtkasse. Die Weitergabe von Daten an externe Stellen z.B. Bestattungsunternehmen, Steinmetze, Gärtner, Krematorium erfolgt nur, sofern es für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Eine Übermittlung in ein Drittland findet nicht statt. |
| Betroffenenrechte | Sie haben als betroffene Person das Recht, von der Stadtverwaltung Auskunft über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 15 DSGVO), die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) zu verlangen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können verlangen, die bereitgestellten personenbezogenen Daten gemäß Art. 20 DSGVO zu erhalten oder zu übermitteln. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen. Die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe können Sie sich hier beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit beschweren. |
| Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung | Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften. |

Stand: 23.05.2024